Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich: vierteljährl. ℳ 6. Man abonnirt ferner mit entsprechendem Postaufschlag bei den Postanstalten in der Schweiz, Italien, Belgien, Holland, Luxemburg, Dänemark, Schweden und Norwegen, Rußland, den Donaustaaten, der Europäischen Türkei, Egypten. Für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur unter Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um 1/2 7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannisgasse 8.

Filialen:
Alfred Hahn vorm. O. Klemm's Sortim.
Universitätsstraße 3 (Paulinum),
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 616. Dienstag den 4. December 1900. 94. Jahrgang.

Preußische Schulreform.

Ω. Die mitgetheilte Verordnung über Aenderungen im höheren Schulwesen Preußens stellt der Schulreform von 1892 ein gutes Zeugniß aus. Die Verordnung bringt aber auf baldige Beseitigung der „Abschlußprüfung" vor der Versetzung nach Obersecunda, also einer der einschneidendsten Neuerung der Reform. Die Einrichtung hat vollständig Fiasco gemacht. Sie hat nicht nur, wie die neue Verordnung einräumt, dem Andrange zum Universitätsstudium eher Vorschub geleistet als Einhalt gethan, sondern auch die geistige und körperliche Ausbildung vieler Schüler, denen der Beruf zum Universitätsstudium nicht abzusprechen war, geschädigt. Die eine wie die andere Wirkung hätte man vorhersehen können und die meisten Schulmänner hatten sie vorausgesehen.

Die jetzt erschienene königliche Verordnung, die, was wohlthuend berührt, vom Unterrichtsminister gegengezeichnet ist, enthält keine bestimmten Vorschriften, sondern die Gesichtspuncte, nach denen die Reform von 1892 weitergeführt werden soll. Bei dieser Gelegenheit hebt der Kaiser und König hervor, daß jene Reform von ihm persönlich eingeleitet worden sei. Der nächste Gesichtspunct ist der der Gleichbewerthung der Gymnasien, der Realgymnasien und der Oberrealschulen. Doch geht aus der Verordnung nicht hervor, daß diese verschiedenen Unterrichtsanstalten völlig gleich gestellt werden sollen. Darüber werden Ausführungsbestimmungen zu entscheiden haben, ebenso darüber, wie es mit der Vermittelung und dem Nachweis jener Vorkenntnisse gehalten werden soll, die für gewisse Studien nach wie vor als nöthig erachtet werden, aber künftig nicht mehr von allen Studirenden auf die Universität mitgebracht werden müssen. Auf die darauf bezüglichen Vorschriften und vor Allem auf die Bezeichnung dieser Vorkenntnisse und ihres Umfanges darf man begierig sein.

Die Verordnung führt zur Empfehlung der grundsätzlichen Gleichbewerthung „der drei höheren Lehranstalten" an, daß sie die Möglichkeit biete, die Eigenart jeder einzelnen Schulgattung kräftiger zu betonen. Aber die Verordnung giebt selbst zugleich die Möglichkeit, diesen Zweck gründlich zu vereiteln. Zwar eine „entsprechende Verstärkung" des Lateinbetriebes wird nicht nur den Realgymnasien, sondern auch den humanistischen Gymnasien erlaubt, dauern wird aber verkündet, daß der Kaiser großen Werth auf die Kenntniß der englischen Sprache lege und daß demgemäß an den Gymnasien neben dem Griechischen englischer Ersatzunterricht bis Untersecunda gestattet und außerdem, wo die örtlichen Verhältnisse dafür sprechen, zugelassen werden soll, daß das Englische an Stelle des Französischen in den drei obersten Classen obligatorischer Unterrichtsgegenstand werde.

Also: die facultative Beseitigung des Griechischen bis Untersecunda und die facultative Beseitigung des Französischen in den oberen Classen. Es ist unersindlich, warum man in einer Verordnung, von der eine weitgehende Einschränkung, wenn nicht die Aufhebung des Zwanges, Gymnasialvorbildung zu erwerben, datiren soll, die Möglichkeit schafft, das Gymnasium in derart weitgehender Weise seines Charakters zu entkleiden. Ein Gymnasium, an dem viele Schuljahre hindurch der Schüler nicht Griechisch treiben muß, ist kein Gymnasium mehr, seine „Eigenart" ist nicht stärker betont, sondern nahezu aufgehoben. Dabei soll aber — allerdings nur, wo die örtlichen Verhältnisse dafür sprechen — neben dem Klassischen das Moderne zu kurz kommen, denn die „Nationalzeitung" wird sicherlich Recht behalten, wenn sie sagt, daß Schüler, die bis zu den drei oberen Classen Französisch und von da ab Englisch treiben, weder Französisch noch Englisch lernen werden.

Es ist nicht leicht, an dieser Bevorzugung der englischen Sprache im Vergleich zu dem bisherigen Stande der Dinge Kritik zu üben. Der leitende Gesichtspunct wird doch wohl nur ein utilitarischer sein und über die Nützlichkeit der Kenntniß des Englischen besteht ja auch kein Zweifel. Aber eine Verordnung, die selbst als Grundsatz das Multum non multa aufstellt, kann doch unmöglich aus dem Lehrplane der Gymnasien nach einem anderen „Grundsatz", dem des Theaterdirectors im „Faust": „Wer Vieles bringt, wird Jedem etwas bringen", ein Ragout machen wollen, nach dessen Genuß der Abiturient vielleicht persönlich befriedigt, aber gewiß nicht mit befriedigender geistiger Ausbildung aus dem Schulhause gehen wird.

Uebrigens scheint uns bei der Zulassung des Englischen statt des Französischen dort, wo die „örtlichen Verhältnisse" dafür sprechen, nicht einmal der Nützlichkeitsstandpunct richtig gewählt. Gemeint ist natürlich das nördlichste Deutschland, die „Wasserkante". Aber gerade dort ist die Gelegenheit, außerhalb der Schule sich das Englische anzueignen, in weit höherem Maße gegeben als sonst im Reiche, während umgekehrt das private Erlernen des Französischen schwieriger ist als beispielsweise im Westen und Südwesten. Und der praktische Werth der französischen Sprache ist doch auch nicht gering zu schätzen, selbst für künftige Kaufleute und Ingenieure nicht, denen zudem — und das ist und bleibt doch die Hauptsache — das Realgymnasium und die Ober-Realschule offen stehen.

Die Wirren in China.

Die Haltung Rußlands.

Aus Berlin wird der „Hallescher Ztg." geschrieben: Verschiedene Blätter legen die Nachricht, daß der russische Gesandte v. Giers seine Zustimmung zu dem Entwurf der an China zu stellenden Forderungen zurückgezogen haben und sich weigern solle, die Präliminarien zu unterzeichnen, wenn die Bestimmung wegen der Bestrafung der Schuldigen und wegen der Entschädigung nicht zurückgezogen werde, so aus, als ob Rußland aus dem Concert der Mächte ausscheiden wolle. Diese Annahme ist durchaus gegenstandslos. Die Verhandlungen der Gesandten in Peking sind nur provisorisch; die Regierungen sind nicht an die Beschlüsse der Gesandten gebunden. Die Cabinete haben vielmehr noch zu dem von den Gesandten beschlossenen Text Stellung zu nehmen, und zwar haben sie ihre Ansichten zu präcisiren und genau zu erklären, welche Aenderungen sie wünschen. Wie die Reichsregierung zu den etwa hervortretenden Wünschen steht, läßt sich natürlich noch nicht sagen. Jedenfalls ist eine Einigung auf einer mittleren Linie zu erhoffen. Wenn eine solche Verständigung erzielt ist, dann erst liegen die China zu stellenden Friedensbedingungen endgiltig vor.

Die Einäscherung der Pekinger Universität.

Der „Vorwärts", so schreibt die „Köln. Ztg.", nennt es „Erstaunliche Leichtgläubigkeit", daß wir das Zeugniß des Engländers Morrison, wonach die Chinesen selbst die Hanlin-Akademie in Peking angezündet haben, gegen seine Behauptung anführen, „Khakifäuste" hätten diese „Hunnenthat" begangen. Da dem socialdemokratischen Blatte die Auslassungen englischer Quellen als „gewerbsmäßige Schwindeleien" gelten, können wir ihm mit den Zeugnissen einiger Angehöriger anderer Nationalitäten dienen, die dasselbe behaupten, wie Dr. Morrison. So schreibt ein Japaner, der in der in Tokio erscheinenden Zeitung „Asahi" in Tagebuchform eine Beschreibung der Schreckenstage in Peking veröffentlicht hat, unter dem 23. Juni: „Die Universitätsgebäude, die Hanlin-Akademie, wurden von dem Feinde niedergebrannt." Die Gattin eines amerikanischen Missionars, Frau E. K. Lowdry, schreibt in ihrem Tagebuch, das Mc Clures „Magazine" abgedruckt hat, von demselben Tage: „Nachdem sie die Russische Bank niedergebrannt haben, legen die Chinesen Feuer an die Hanlin-Akademie, da der Wind von Norden weht und so das Feuer uns (in der englischen Gesandtschaft) sehr gefährlich wird." Ferner sagt der Deutsche Hermann Bismarck, Beamter im Seezolldienst, in seinem vom „Ostasiatischen Lloyd" veröffentlichten Tagebuche am 23. Juni: „Das Hanlin Yüan, die älteste und werthvollste Bibliothek in China, in der die Hanlin-Examina stattfinden, bietet den Truppen der Boxer gute Unterkunft. Wir könnten dasselbe in Brand schießen, thun das jedoch nicht, um uns nicht den Haß der Gebildeten zuzuziehen." Am 24. Juni schreibt Herr Bismarck weiter: „Gestern Nacht wurde das Hanlin Yüan von den Boxern selbst angezündet mit der Absicht, uns von Norden her durch Feuer zu vertreiben."

Ein Mitarbeiter der „Westminster Gazette", Herr Jasper Whiting, schreibt aus Tientsin von Mitte October, daß die Fremden in Peking noch immer auf

Beutemachen

ausgehen, und zwar nicht nur Soldaten, Officiere und Civilisten, sondern auch Missionare, hohe Beamte der Gesandtschaften und Damen. Nur sehr Wenige hätten der Versuchung, zu plündern, widerstanden. Zwar hätten verschiedene der Mächte, besonders Großbritannien und Amerika, die Praxis officiell verurtheilt, indem sie ihren Truppen verboten, ohne Bezahlung von einem Chinesen oder aus einem chinesischen Gebäude irgend einen Gegenstand zu nehmen, doch das Verbot könne so leicht umgangen werden, daß es thatsächlich wirkungslos sei. Jetzt würden die Sachen „gekauft" und eine Quittung entgegengenommen. Ein Officier oder Soldat, der einen Chinesen mit einem Gegenstand entdecke, der ihm gefalle, nehme sich den Gegenstand, gebe dem Manne eine kleine Münze dafür und bitte ihn mit dem nöthigen Nachdruck, eine schon fertiggestellte Quittung zu zeichnen. Der Chinese thue das, nicht, weil er mit dem Handel einverstanden sei, sondern weil die Erfahrung ihn gelehrt habe, daß es so am klügsten sei. Der Correspondent theilt dann einige Fälle solcher Räuberei mit, nennt aber leider keine Namen.

Ueber die Ausreise der

Truppen-Transportdampfer nach China

liegen folgende letzte Meldungen vor:

„Aachen"	(N. D. Lloyd)	28. Nov.	Perim passirt (Heimreise).
„Baldivia"	(Hamb. A. L.)	26. „	von Kobe.
„Köln"	(N. D. Lloyd)	28. „	von Port Said (Heimreise).
„Batavia"	(Hamb. A. L.)	20. „	von Wladiwostock (Heimr.).
„H. H. Meier"	(N. D. Lloyd)	29. „	in Bremerhaven (Heimr.).
„Phönicia"	(Hamb. A. L.)	26. „	in Suez (Heimreise).
„Darmstadt"	(N. D. Lloyd)	29. „	Gibraltar passirt (Heimr.).
„Andalusia"	(Hamb. A. L.)	15. „	von Moji (Heimreise).
„Arcadia"	(Hamb. A. L.)	23. „	von Taku.
„Crefeld"	(N. D. Lloyd)	27. Oct.	von Taku.

Der Krieg in Südafrika.

Krüger's Abweisung.

Der Entschluß des Kaisers Wilhelm, den Präsidenten Krüger nicht zu empfangen, wird in London allgemein mit lebhafter Genugthuung begrüßt und von der Presse als weiterer schlagender Beweis der Herzlichkeit der Beziehungen zwischen den Regierungen Deutschlands und Großbritanniens betrachtet. Die Zeitung „Morning Post" bezeichnet die Haltung des Kaisers als männlich und ehrenvoll und hofft, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Regierungen dürften weiter glücklich entwickelt werden und das deutsche Volk dazu gelangen, die britische Nation freundlicher zu beurtheilen, die ihrerseits die alten Zerwürfnisse freudig vergessen werde. „Daily Telegraph" hofft, die geradsinnige Handlungsweise des deutschen Kaisers werde beitragen, Krüger zu überzeugen, daß der Krieg nur geendet werden könne durch die Unterwerfung der noch im Felde stehenden Boeren.

Was das deutsche Volk anbelangt, so wird es gerade im gegenwärtigen Augenblick am wenigsten geneigt sein, die „Weiterentwickelung der herzlichen, freundschaftlichen Beziehungen" zu England mitzumachen. Es weiß, wohin sie schließlich führen müssen.

Die ganze französische Presse bespricht Kaiser Wilhelm's Telegramm an Krüger mit einer Heftigkeit, die selbst Andeutungen über Form und Inhalt der betreffenden Aufsätze bedenklich macht. Natürlich zeichnen die Nationalistenblätter sich durch besondere Flegelei aus; aber selbst der „Matin" versagt sich die kleine Bosheit nicht, unter der Botschaft nach Köln das Telegramm an Krüger von 1896 in Fettschrift abzudrucken.

Ueber Krüger's weitere Absichten wird der „Voss. Ztg." aus Köln 3. December berichtet: Krüger's Abreise ist endgiltig auf Mittwoch Morgen festgesetzt. Er begiebt sich von hier aus nach dem Haag, alsdann, wie er zur Umgebung äußerte, nach Petersburg. Krüger gab mehrfach der Hoffnung Ausdruck, daß die Parlamente aller Staaten Sympathiekundgebungen für die Boeren erlassen möchten. Dann würde das Ziel seiner Wünsche bezüglich des Schiedsgerichtes sicher erreicht. (?) Ein bewaffnetes Einschreiten der Mächte wolle er keinesweges herbeiführen. Die Depesche Kaiser Wilhelm's hat Krüger tief verstimmt. Die Umgebung des greisen Präsidenten, vollständig bestürzt, zeigt tiefe Niedergeschlagenheit. Krüger meinte, wenn große Staaten ihn im Stich lassen, könnten auch kleinere (gemeint ist Holland) nichts machen. Von Petersburg will Krüger sich nach Wien und Rom begeben.

Der folgende, der Stimmung der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes in trefflichen, beredten Worten Ausdruck gebende Artikel der „Tägl. Rundsch." ist geschrieben, bevor man wußte, daß Krüger nicht nach Berlin kommen werde, da er aber auch jetzt noch sehr lesenswerth ist, lassen wir ihn seinem Hauptinhalte nach hier folgen:

Daß die Realpolitik unserer Regierung in dieser Frage andere Wege gehen muß, als die Gefühlspolitik des Volkes, liegt auf der Hand, und der begeisterteste Transvaalschwärmer wird unserer Regierung nicht zumuthen, daß wir mit England einen Krieg beginnen, um das zweifellose Recht der niedergetretenen Transvaalboeren gegen die englischen Eroberer zu vertreten; aber deswegen muß es doch erlaubt sein, zu sagen, was ist und was jeder Nichtengländer fühlt: daß nämlich der südafrikanische Eroberungskrieg Englands einer der ungerechtesten, brutalsten und in seinen Folgen für Sieger und Besiegte verderblichsten Kriege war, die jemals geführt worden sind. Frankreich hat uns eben das Beispiel gegeben, wie eine Regierung die nothwendigen freundschaftlichen Beziehungen zum Nachbarstaate mit unantastbarer Correctheit wahren kann, obgleich das Volksempfinden ungehindert zu seinem Rechte kam, indem es den Boeren und ihrem Vertreter begeistert zujauchzte, die englische Brutalitätspolitik verdammte und nachdrücklich seinen Wunsch kundthat, daß dem Blutvergießen bald dadurch ein Ende gemacht werde, daß den Boeren verständige Zugeständnisse gemacht werden. Präsident Krüger weiß so genau wie wir, daß derartige Kundgebungen höchstens Wechsel auf die Zukunft sind und für die Regierungen zur Zeit gar nichts bedeuten; aber er weiß auch, daß es auf die englische Regierung nicht ohne Eindruck bleiben wird, wenn sie zwar die Regierungen durch die Gewalt der Verhältnisse zur Aufrechterhaltung der freundschaftlichen Beziehungen bewegen kann, aber dem moralischen Verdammungsurtheile der ganzen Welt gegenübersteht. Für ihre Entscheidung fallen solche Imponderabilien gewiß in die Waagschale; denn wenn die Mißstimmung der ganzen nichtenglischen Welt auch zur Zeit keine praktisch fühlbare Bedeutung für England hat, so dürften doch aus solcher Saat Früchte entsprießen, die auch dem mächtigen England todtbringend sein könnten. Uebrigens hat Krüger bei den Demonstrationen in Paris und Marseille einen so großen politischen Takt bewiesen, daß man die übergroße Vorsicht unserer Officiösen nicht begreift.

Der Kaiser wird den Präsidenten der Transvaal-Republik wohl nicht empfangen. Wir können das verstehen, und billigen es vollkommen, daß unsere Regierung kühlen Kopf behält und die Rücksichten auf das Allgemeinwohl, auf die deutschen politischen Interessen höher stellt, als eine noch so berechtigte Gefühlswallung über das verletzte Recht eines Andern. Für ihr Verhalten ist der einzige Compaß: das Interesse des deutschen Volkes, dem jede unnützliche Gefühlspolitik unterzuordnen ist; aber das deutsche Volk besteht nicht aus lauter Diplomaten, und der deutsche Staatsbürger ist gar nicht verpflichtet, den Diplomaten zu spielen und der hohen Politik zu Liebe sein Urtheil umzufälschen. Er begreift daher sehr wohl die Zurückhaltung unserer Regierung; aber er hofft, daß diese Reserve nicht in Unhöflichkeit umschlägt, denn diese wäre ein politischer Fehler. Die politischen Verhältnisse haben sich geändert, unsere Interessen sind andere geworden, wir haben andere Pläne als damals, da das Kaisertelegramm an Krüger abging — das Alles wird Krüger, der ein sehr kühler Realpolitiker ist, begreifen und sogar billigen; aber Krüger ist der Präsident eines noch zu Recht bestehenden Staates und kann schon als solcher die Ehren und das Entgegenkommen verlangen, das jeder Regierende von der anderen Regierung fordern kann, ganz abgesehen davon, daß sein Charakter, seine Begabung und sein Unglück ihn besonderer Ehren würdig erweisen. Belgien ist von England, nach den neuesten Nachrichten, jede Kundgebung verboten worden. Das kann Belgien passiren, nicht aber Deutschland, dessen Bürger nach des Kaisers Wort sich fühlen und ihr deutsches Bürgerrecht mit Römerstolz bekennen sollen. Deswegen werden wir es in der Transvaalfrage auch weiter mit der doppelten Buchführung halten: möge die Regierung thun, was sie im Interesse der Macht, aber auch der Würde des Reiches für nöthig hält. Das deutsche Volk aber wird frei bekennen, wem es in diesem Kriege das Recht und damit seine Sympathien zuspricht.

Das zweite angebliche Complot gegen Lord Roberts.

Aus London, 29. November, schreibt man uns: Die Thatsache, daß Lord Roberts die Meldung von einem abermals gegen ihn geplanten Complot in seinem amtlichen Bericht bestätigt hat, läßt darum die Sache nicht ernsthafter erscheinen. Als die englische Geheimpolizei in Pretoria das kindische Complot des Hans Cordua erst fabricirt und dann „entdeckt" hatte, telegraphirte Lord Roberts ebenfalls nach London, es seien 15 Mitschuldige verhaftet worden, während thatsächlich außer Cordua nicht eine einzige Person als dessen Genosse hatte aufgefunden werden können. Daher sprechen diesmal, wo man ein mißglücktes Bombenattentat gegen Roberts volle drei Wochen später entdeckt haben will, selbst solche Blätter, die sonst den Krieg mit allen seinen Consequenzen vertheidigen, ernste Zweifel bezüglich der Echtheit des Attentates aus. Gleichwohl wird von anderer Seite die Schauermär benutzt, um nunmehr die rücksichtslose Ausweisung aller verdächtigen Ausländer und Abenteurer aus Transvaal zu fordern.

Die Aufstandsgefahr in der Capcolonie.

Aus Brüssel, 2. December, wird uns geschrieben: Die Gefahr eines allgemeinen Aufstandes in der Capcolonie wird von der Transvaalgesandtschaft nicht geleugnet. Als Ursache wird angegeben, daß die Erbitterung der capholländischen Bevölkerung hauptsächlich durch das seit drei Monaten betriebene System der Verbrennens der Farmen hervorgerufen sei. In Folge dessen seien Tausende von Frauen und Kindern aus beiden Boerenstaaten nach der Capcolonie gebracht worden oder selbst dorthin geflüchtet, wo sie bei den dortigen Boeren Unterkunft suchen mußten. Die meisten der Bedauernswerthen aber befinden sich dort in der allergrößten Noth, weshalb auch der soeben zusammentretende Volkscongreß der Capholländer als wichtigsten Berathungsgegenstand die Frage behandeln soll, wie diesen Flüchtlingen zu helfen sei. Noch gefährlicher werde freilich die Lage für England werden, sobald Lord Roberts Südafrika verlassen und Kitchener das von ihm angekündigte Aufrottungssystem beginnen werde. Daß Dewet, wie die Engländer befürchten, schon jetzt die Absicht habe, in die Capcolonie einzubrechen, wird von der Transvaalgesandtschaft als unwahrscheinlich erklärt, da dieser voraussichtlich das Gebiet des Freistaates nicht freiwillig verlassen werde.

Die deutsche evangelische Geistlichkeit.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Tief geht durch's deutsche Volk die Erregung gegen die Engländer, die „die Frauen und Kinder der Boeren erbarmungslos von Haus und Hof jagen und sie den Kaffern oder dem Hungertode preisgeben und die Gefangenen halb verhungern lassen." Die Erbitterung darüber spricht sich in einem Briefe aus, den eine Leipziger Dame, eine „deutsche Frau und Mutter", an einen sächsischen Geistlichen gerichtet hat; sie klagt die evangelischen Geistlichen an, daß sie der Brutalität der Engländer gleichmüthig zusehen und nicht die Stimme des christlichen Gewissens darüber laut werden ließen. Aber in vielen kirchlichen Zeitschriften ist manch' kräftiges Wort zu Gunsten der Boeren geschrieben, manch herber Tadel über die Engländer ausgesprochen worden. Was soll sonst noch von kirchlicher Seite aus geschehen? Auch englische Geistliche haben ihre Regierung ernst und eindringlich wegen ihres Verhaltens gegen die Boeren zur Rede gesetzt. Die „deutsche Frau und Mutter" kann doch aus dem einstimmigen Verdict des christlichen Volkes über die Engländer schließen, daß das evangelische christliche Bewußtsein nicht schläft, sondern die Engländer verurtheilt. Ihr Vorschlag, daß man die englische Geistlichkeit nochmals auffordere, die Staatsmänner in London an Recht und Humanität zu erinnern, wird beachtet werden.

Deutsches Reich.

ß. Berlin, 3. December. (Bismarck und Savigny.) Als jüngst Veröffentlichungen der „Deutschen Rundschau" aus den Tagebüchern Theodor von Bernhardi's die Aufmerksamkeit weitester Kreise auf die Thatsache gelenkt hatten, daß der bekannte preußische Diplomat und spätere Centrumsabgeordnete von Savigny als Vertreter des erkrankten Grafen Bismarck den Abschluß eines Vertrages mit Frankreich betrieb, demzufolge der Kirchenstaat garantirt werden sollte, machte die „Köln. Volksztg." in einer Polemik, unter Berufung auf den Grafen Arnim, die Bemerkung: Herr v. Savigny sei aus dem Staatsdienste geschieden, weil Bismarck keine selbstständigen Naturen neben sich habe dulden können. Wir haben damals sofort hierauf entgegnet, daß ungeachtet der Angabe des Botschafters Grafen Arnim ganz allgemein die Auffassung überwiege, Herr von Savigny habe den Staatsdienst verlassen, weil er nicht Bundeskanzler geworden ist. Diese Auffassung wird jetzt durch ein Zeugniß Theodor von Bernhardi's bekräftigt. Im Decemberheft der „Deutschen Rundschau" nämlich findet sich unter den Mittheilungen aus Bernhardi's Tagebüchern ein Bericht über Unterredungen, die Bernhardi im September 1867 mit dem preußischen Gesandten in Florenz, Grafen von Usedom, gehabt hat. In dem Berichte heißt es: „Er (Graf Usedom), der kürzlich in Berlin gewesen war, erzählt mir auch, wie Savigny ausgeschieden ist. Bismarck hatte ihn zum Bundeskanzler machen wollen, sich dann aber darauf besonnen, daß Preußen, wenn es auch der Sache nach den Norddeutschen Bund beherrscht, doch der Form nach in den Bund einzlebirt ist, daß also der Bundeskanzler über dem preußischen Premierminister steht, daß folglich der preußische Premierminister stets selber Bundeskanzler sein muß. Er bat demnach Savigny an, ihn zum Bundes-Vicekanzler zu machen. Darauf wollte dieser in keiner Weise eingehen — er habe das Versprechen des Königs u. s. w. — lieber schied er ganz aus."

⊠ Berlin, 3. December. (Zum Moltke-Denkmal.) Aus Officierskreisen hören wir, daß der Auslassung der „Nationalzeitung" über den Plan, dem General-Feldmarschall Grafen von Moltke ein Denkmal ausschließlich aus Mitteln der Armee zu errichten, gewiß von einem großen Theile des Officier-Corps zugestimmt wird. Gerade in der Armee ist die Anerkennung dieses ihres unvergleichlichen Führers so groß, daß es von ihr als eine Zurücksetzung der unsterblichen Verdienste des Grafen Moltke um das ganze deutsche Reich empfunden werden würde, wenn ihm in des Reiches Hauptstadt nicht ein Nationaldenkmal zu Theil werden sollte. Wenn aber, wie es nach der Anregung durch Se. Majestät den Kaiser den Anschein hat, eine entsprechende Vorlage der Regierung an den Reichstag nicht in Frage kommen kann, so darf und wird es sich das deutsche Volk nicht nehmen lassen, an der Ehrung des größten Helden durch freiwillige Beiträge theilzunehmen, ohne dessen geniale Heeresleitung auch die Staatskunst eines Bismarck solche Erfolge im Zeitraum weniger Jahre zu erringen nicht im Stande gewesen wäre. Selbstverständlich wird das deutsche Officiercorps in diesem Falle nicht zurückbleiben, und es wird bei mäßigen Beiträgen aller dankbaren Patrioten, die jeder nach seinen Verhältnissen bemessen kann, ein würdiges Denkmal zu Stande kommen, welches durch das Bismarck-Denkmal nicht allzusehr in den Schatten gestellt wird. Durch die Officiers, Sanitäts-Officiere und